

Peter März

Neue Forschungen zum Wilhelminischen Reich

Konrad Canis:
Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914, Paderborn u. a. 2011, Verlag Schöningh, 88,00 Euro.

Andreas Rose:
Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Verlag Oldenbourg, München 2011, 69,80 Euro.

Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.):
Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914, Verlag Schöningh, Paderborn u. a. 2011, 39,90 Euro.

Wir müssen uns derzeit in Deutschland und Europa dem einhundertjährigen Jubiläum des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 stellen und damit dem Beginn jener viel beschworenen „Urkatastrophe“, die den Kontinent für mindestens drei Jahrzehnte, bis 1945, aufs Schwerste verwunden sollte. In der weiteren Konsequenz hielten

die Wirkungen bekanntlich mindestens bis zum Ende des Kalten Krieges 1989/90 an, ein volles Dreivierteljahrhundert später. Blickt man heute schon um hundert Jahre zurück, in das Jahr 1912, dann sieht man auf ein Deutschland, das noch keine Demokratie war, in dem aber Parlamentarismus und Parteien bereits in bemerkenswerter Blüte standen. Bei der letzten Reichstagswahl vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 gab es eine Wahlbeteiligung von über 84 Prozent (gleiches Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren) und zugleich eine bemerkenswerte Linksverschiebung im parteipolitischen Kräftespektrum – wider alle Klischees vom nur militarisierten Obrigkeitsstaat: Die Sozialdemokratie erreichte mit 34,8 Prozent ihren bis dahin größten Wahlsieg, nimmt man das katholische Zentrum (16,4 Prozent) und die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei (12,2 Prozent) hinzu, kommt man fast auf eine Zweidrittelmehr-

heit der Kräfte der linken Mitte, die hinter der Weimarer Reichsverfassung von 1919 und drei Jahrzehnte später hinter dem Bonner Grundgesetz stehen sollten; nimmt man – mit einigen Abstrichen – auch noch die Nationalliberalen (13,6 Prozent) hinzu, dann gelangt man bereits in den Bereich einer satten Dreiviertelmehrheit.

Neue Perspektiven

Gewiss waren die letzten Jahre des wilhelminischen Kaiserreiches in Friedenszeiten keine einfache Schönwetterzone; noch war der in vielerlei Hinsicht militarisierte Obrigkeitsstaat am Ruder, ab 1912 wurde in Deutschland wie in Frankreich und Russland die Rüstungsschraube angezogen, der sogenannte Erste Balkankrieg brach aus – und doch hat sich der Blick von heute auf die Welt von damals in den letzten Jahren beträchtlich gewandelt: In den Darstellungen der Historiker streift das wilhelminische Kaiserreich zunehmend

die Rolle des alleinigen Bösewichts ab. Seine innenpolitische Lage wird weniger dramatisch gesehen, wirtschaftlich war es ohnehin in Europa wie in der Weltwirtschaft auf der Überholspur – was freilich mit Blick auf Wettbewerber wie Großbritannien auch zum Problem wurde. Vor allem aber wird das Kaiserreich von damals auch von deutschen Historikern heute immer weniger als singulärer Faktor und immer mehr als ein Akteur neben anderen gesehen. Die drei hier anzuzeigenden Neuerscheinungen aus dem Jahr 2011 machen, aus jeweils unterschiedlichen Blickrichtungen, ebendies in besonderer Weise deutlich.

Kommen nicht die schönen Tage von Aranjuez, aber doch die Tage klassisch-nationalstaatlicher Betrachtungsweisen zur Geschichte der internationalen Beziehungen wieder – um den Beginn von Schillers Drama *Don Carlos* zu bemühen?

Konrad Canis, Historiker mit DDR-Sozialisation, heute unter anderem Mitherausgeber der Neuen Friedrichsruher Ausgabe der *Gesammelten Werke* Otto von Bismarcks, hat jetzt den abschließenden dritten Band seiner Gesamtgeschichte der deutschen Außenpolitik von der Reichsgründung

1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 vorgelegt. Noch pointierter als der DDR-Historiker Ernst Engelberg in dessen vor rund zwei Jahrzehnten erschienener zweibändiger Bismarck-Biografie zeigt Canis sein Sujet, die Großmacht Deutsches Reich, hier in der zweiten Hälfte der Wilhelminischen Ära, als legitimen Gegenstand mit ganz legitimen weltpolitischen Interessen – wie eben andere Akteure der Zeit auch, also nicht als spezifisch labiles Land mit Asymmetrien zwischen politischer und sozioökonomischer Verfasstheit, mit einem „Primat der Innenpolitik“, der die Flucht in Aggression und Selbstauskreisung suchte, mit unentwegten Verfassungskrisen, Selbstblockaden und Übersprungshandlungen – wie all die Befunde zum Kaiserreich seit den späten Sechzigerjahren lauteten.

Gewiss: Das innenpolitische Röntgenbild spielt auch in Canis' Darstellung hinein, aber mit jeweils eher positiven Schlussfolgerungen, darunter an erster Stelle die glänzende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesen Jahren. Dazu wird ausgiebig aus der zeitgenössischen Presse und Publizistik zitiert, Außenpolitik war damals schon lange kein Arkanum von

Staatssekretären und Botschaftern mehr.

Objekt der Weltpolitik

Tendenziell durchaus ähnlich wie in Andreas Roses äußerst detaillierter Untersuchung über die britische Außenpolitik (siehe unten) zwischen dem Burenkrieg an der vorletzten Jahrhundertwende und der österreichischen Annexion Bosniens und der Herzegovina 1908 kommt es mit einem Mal weniger auf Intentionen und Vorgehen der deutschen Politik an, sondern auf das Agieren der tatsächlichen Weltmächte jener Jahre, Großbritannien und Russland an erster Stelle, dahinter erkennbar bereits auch die USA. Deutschland mutiert in diesen neuen Darstellungen weit hin vom Subjekt zum Objekt, vielfach nicht Treiber, sondern Getriebener. Und was Deutschland zum Verhängnis wurde, ist danach vor allem eine prekäre Dialektik von Stärke und Schwäche: Alle so beeindruckenden Kennziffern seiner wirtschaftlichen Entwicklung konnten seine ungünstige geopolitische Lage nicht aufwiegen, im Gegenteil: Den britischen Eliten erschien es einerseits als zunehmend überlegener Konkurrent, in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen effizienter. Ande-

rerseits war es eingeklemmt durch den französisch-russischen Zweibund von 1892/94, und als außereuropäischer Faktor zählte es machtpolitisch trotz all seiner kolonialen Spielereien kaum. Wollte Großbritannien nach solchen Wahrnehmungen seine zentrale geostrategische Stellung in und um Indien bewahren, dann konnte ein ihm nahestehendes Deutschland keine wirkliche Hilfe leisten, sondern sehr viel mehr das Arrangement mit dem ursprünglichen weltpolitischen Widerpart Londons unmittelbar, mit dem zaristischen Russland.

Alles Locken wie Drohen der Berliner Politik vermochte nach Canis an dieser geradezu determinierten Entwicklung nichts oder doch nahezu nichts zu ändern, zumal nachdem die liberalen britischen Imperialisten um Edward Grey seit Ende 1905 in London die Außenpolitik bestimmten (siehe auch unten). In diesem Bild verblasst auf erstaunliche, wohl auch etwas überzogene Weise die Bedeutung des deutschen (Schlacht)Flottenbaues, der doch seit Jahrzehnten als existenzielle Bedrohung wie Provokation Großbritanniens gegolten hatte. Zum einen hat er im geschilderten Gesamtzusammenhang nur nach-

rangige Bedeutung, zum anderen verliert er sein Alleinstellungsmerkmal: Alle Großmächte fanden damals Gefallen an Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern, schon vor Deutschland im besondern Frankreich, und parallel zu Deutschland vor allem die USA.

Ringens nach Gleichberechtigung

Deutschland blieb, wie Canis überzeugend zeigt, nur ein einziges imperiales Vorhaben von Rang außerhalb Europas, das Projekt der Bagdadbahn durch die osmanische Türkei bis zum Persischen Golf. Und auch hier „mauerte“ Großbritannien nach Möglichkeit, nicht nur wegen der allmählich an Bedeutung gewinnenden Ölvorkommen im arabischen Raum, sondern auch, weil der nahe gelegene Iran nicht von (abzweigenden) deutschen Eisenbahnlinien aus erreichbar werden sollte: Ihn hatten sich London und Petersburg 1907 exklusiv in Einflusssphären aufgeteilt. Folgt man Canis – und er belegt dies jeweils gut aus den Quellen –, dann gelang es Deutschland immer weniger, einen Fuß in das konzertierte Miteinander Englands, Russlands und Frankreichs zu bringen. Welchem von diesen dreien es sich auch jeweils

zuwandte und ob es nun eine weiche oder eine harte Linie praktizierte – weich gegenüber Russland bei dessen Desaster im Krieg mit Japan 1904/05, hart gegenüber Russland nach der österreichischen Annexion von Bosnien und der Herzegowina 1908, erst hart, dann weich in der zweiten Marokko-Krise 1911 gegenüber Frankreich – Deutschland verlor an Einfluss.

Am Ende schließt sich Canis für die Juli-Krise 1914 in bemerkenswertem Maße der klassisch-herkömmlichen Präventivkriegsthese bezüglich der deutschen (und österreichischen) Seite an: Nicht um deutsche Welt-herrschaft oder eine Art napoleonischer Hegemonie auf dem europäischen Kontinent sei es der Berliner Führung gegangen, sondern um eine Art militärischen Befreiungsschlag, der eine sich ausichtslos verdichtende Konstellation der zu erwartenden Gegner konterkarieren sollte, darunter an erster Stelle das (vermeintlich) übermächtig werdende Russland. Deutschland habe ferner zurück gewollt in eine halbhegemoniale Position auf dem Kontinent wie zu Bismarcks Zeiten eine Generation zuvor, und es habe – ganz legitim – weltpolitische Gleichberechtigung

gung erstrebt. Damit ist ein Kontrapunkt gesetzt zu über vier Jahrzehnten einschlägiger (west-)deutscher Forschung, beginnend mit Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“ in isolierter, germanozentrischer Sicht und mit den sozialhistorischen Deutungen der Bielefelder Wehlerschule. Ob Canis sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Die zwanghaften und verengten Imaginationen der entscheidenden politischen und militärischen deutschen Akteure im Juli 1914 muss man zumindest mit bedenken. Er schreibt jedenfalls pointiert die klassische Außenpolitikgeschichte einer Großmacht mit legitimen Interessen, die eben am Ende schlicht unterlag. Und dabei kommt er ohne moralische Verdikte aus. Manche mögen fragen, ob derlei Betrachtungsweisen der politischen Kultur von heute guttun. Sie mögen Henry Kissingers neues Werk „China“ lesen und finden, dass es nach wie vor um Mächte und deren Interessen geht.

Andreas Roses Untersuchung über die britische Außenpolitik spielt eigentlich nicht unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, wie der Titel in Aussicht stellt, sondern in den ersten acht Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, und sie korreliert in vielfacher

Hinsicht mit den Befunden von Konrad Canis: Auch Rose belegt, hier anhand des britischen Außenministeriums, der britischen Medien wie der britischen Eliten ganz allgemein, dass es in der Londoner Politik, an erster Stelle gegenüber Deutschland und Russland, grundlegende Veränderungen gab, die im Wesentlichen nicht aus den Politiken dieser anderen Mächte selbst resultierten, sondern aus geänderten Wahrnehmungen und Anschauungen im eigenen Land.

Großbritanniens Furcht

Die konservative Regierung Balfour mit Außenminister Lansdowne bis Ende 1905 habe insgesamt die Großmachtentwicklungen auf dem europäischen Kontinent mit relativer Gelassenheit wie mit Verständnis für die Probleme der deutschen Mittellage zwischen Frankreich und dem zaristischen Russland verfolgt. Dies gelte im Übrigen auch – und dieser Befund bei Rose überrascht – trotz der sogenannten *entente cordiale* zwischen London und Paris im Jahr 1904, im Zusammenhang mit der ersten Marokkokrise. Diese *entente cordiale* sei, so Rose, in der Tat noch keine Vorwegnahme späterer Bündnisstrukturen, sondern nur ein koloniales

Arrangement gewesen. Hinter dem Rücken der politisch unmittelbar Verantwortlichen hätten sich aber in der Spätzeit dieser konservativen Regierungsära in Großbritannien gravierende Umstellungen angebahnt – mit, nach dem Regierungswechsel zu den Liberalen Ende 1905, denkbar weitreichenden außenpolitischen Konsequenzen: Die meinungsbildenden Eliten in Großbritannien seien von zunehmender Furcht erfasst worden, dass das Land, mitsamt seinem Empire, angesichts der absehbaren weltpolitischen Trends, des Aufstiegs der USA und Russlands, langfristig zur Zweitrangigkeit verurteilt sei – eine Sichtweise, die im Blick auf den britischen Abstieg als Weltmacht seit der Zwischenkriegszeit so unzutreffend nicht war. Um gegen diesen fundamentalen Trend doch möglichst viel eigenes Gewicht retten zu können, sei die Kooperation mit der künftigen Weltmacht Russland vorrangig und die Konfrontation mit dem Wettbewerber Deutschland gegebenenfalls in Kauf zu nehmen gewesen: Danach sollte sich England „zukünftig an die gefährlichsten Feinde anlehnen und die balancierende Stützung des Dreibundes [Deutschland, Österreich-

Ungarn, Italien, P. M.] zugunsten des erwarteten weltpolitischen Wettstreits des zwanzigsten Jahrhunderts aufgeben.“ (Rose, Seite 580)

Im Hintergrund wirkten weitere innenpolitische Faktoren, ganz im Sinne einer Interaktion zwischen Innen- und Außenpolitik, deren Beschreibung bei Rose an einschlägige politikwissenschaftliche Modelle erinnert. Große Teile der Medien, nicht zuletzt die *Times*, fanden Deutschland als künftigen Kontrahenten gewissermaßen spannend, schürten, in enger Abstimmung mit bestimmten Interessengruppen im Rüstungsbereich, die Furcht vor einer deutschen Invasion, für die das Land militärisch unzureichend gerüstet sei, sodass hier deutlich nachgelegt werden müsse. Fast eine ganze Branche von Spionageromanen, gewissermaßen Vorläufer des James Bond-Genres, unterhielt das Lesepublikum mit deutschen Spionen im Land, die alles für deutsche Landungsunternehmen vorbereiteten. Dahinter stand, durchaus typisch, der innenpolitische Wettbewerb um Haushaltsmittel für Rüstung insgesamt, vor allem in der Konkurrenz zwischen Flotte und Armee. Der Burenkrieg an der vorausgehenden Jahrhundert-

wende mit seinem für Großbritannien lange wenig rühmlichen Verlauf dient nun als argumentatives Arsenal für Forderungen, bei der Landrüstung deutlich nachzulegen; verschiedentlich war bereits, für Großbritannien eigentlich ein Tabubruch, von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach preußisch-deutschem Vorbild die Rede. Rose führt, das macht dieses Beispiel fast mustergültig deutlich, Interdependenzen zwischen Innen- und Außenpolitik in einer bestechenden Weise vor, von der auch eher politikwissenschaftlich als historisch interessierte Rezipienten profitieren können.

Deutscher „Global Player“

Der neue Sammelband des jetzt in Glasgow lehrenden Historikers Sönke Neitzel und des Direktors der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Bernd Heidenreich, über das deutsche Kaiserreich von 1890 bis 1914, also von Bismarcks Sturz bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, fügt viele der Befunde aus den beiden hier genannten Einzeluntersuchungen zusammen; dabei fungieren Canis wie Rose mit ihren jeweiligen Kompetenzen auch als Autoren von Einzelbeiträgen. Insgesamt ist

es das Anliegen dieses Bandes, einmal mehr den determinierten Annahmen im Westdeutschland der frühen Siebzigerjahre ein komplexes Bild des Kaiserreiches entgegenzustellen – als Land wie System mit vielfachen Modernitäten, in zahlreichen seiner Lebenswirklichkeiten, durchaus mit Frankreich, Großbritannien und vermutlich auch den USA vergleichbar, weder penetranter Störfried auf der internationalen Bühne noch in seiner politisch-sozialen Verfasstheit durchweg reaktionär und schon gar nicht durch innenpolitische Konflikte zu einem Kriegskurs in der Außenpolitik, aus gewissermaßen kompensatorischen Gründen, genötigt.

Am Anfang steht aus der Feder von Werner Plumpe ein glänzender Essay über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den vier Jahrzehnten des Kaiserreiches. Für Leser, die die Welt von heute als Referenzrahmen stets mit bedenken, ist dabei vor allem von Belang, dass in jenen Jahren einer ersten Globalisierung vor 1914 Deutschland als „Global Player“ agierte, der im Frieden viel und im Krieg nichts zu gewinnen hatte, worüber man sich an der Spitze der exportorientierten Großunternehmen, in

Maschinenbau, Chemie, Optik und Pharmazie, auch sehr wohl im Klaren war. Dieser Befund richtet sich nicht nur gegen die früheren Imperialismustheorien in der Manier von Rosa Luxemburg und Lenin, die die Kapitalisten zwangsläufig auf die große Auseinandersetzung zutreiben sahen, sondern auch gegen viele der Befunde Fritz Fischers aus den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts. Dagegen oder auch gegenüber dem Beitrag von Roger Chickering über die Entwicklung der deutschen Innenpolitik („Zwischen Dynamik und Stillstand“) fällt der Aufsatz von Stig Förster zur Rolle von Militär und Militarismus im wilhelminischen Deutschland eher ab: Während Chickering das heute eigentlich gängige Bild von weder Weiß noch Schwarz mit Blick auf die Entwicklung von Parteien, Fraktionen, politischen Partizipationen wie Funktionsträgern in den politischen Ämtern zeichnet, konzentriert sich Förster am Ende seines Beitrages, als es um die Verantwort-

lichkeit für den Ausbruch des Krieges geht, doch eher konventionell auf die schon so vielfach untersuchten Akteure an den Berliner Schalthebeln: den – weitgehend ausgeschalteten – Kaiser Wilhelm II., Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg, Staatssekretär Gottlieb von Jagow im Auswärtigen Amt, Generalstabschef Helmuth Johannes Ludwig von Moltke und Kriegsminister Erich von Falkenhayn. Gewiss: Förster konzediert, dass am Ende die entscheidenden Weichenstellungen von den Politikern, nicht von den Militärs ausgingen – wobei man natürlich mit hinzudenken muss, dass durch Mobilmachungs- und Aufmarsch- wie Operationspläne militärische Determinanten gegeben waren, die die politischen Spielräume extrem verengten.

Europaweite Mobilmachung

Das aber galt im Sommer 1914 zwar vor allem für das zwischen Frankreich und Russland mit einer Zwei-Fronten-Situation

konfrontierte Deutschland, aber keineswegs ausschließlich: In Petersburg und Paris drängten die Militärs genauso vehement auf möglichst umgehende Mobilmachung, um nicht in den ersten Tagen oder Wochen des Krieges bereits auf die Verliererbahn gedrängt zu werden. Und nirgendwo waren die politischen Führungen in der Lage, sich solchen Forderungen zu widersetzen. Auch dieses Beispiel zeigt somit, dass die Analyse nur jeweils eines der wesentlichen Akteure von bestenfalls sehr begrenztem Ertrag sein kann, wenn sie nicht eher zu Fehlurteilen führen muss.

Die Jahre und Jahrzehnte vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges liegen vor dem Beginn der eigentlichen Zeitschicht. Sie bleiben gleichwohl ein spannendes und unverzichtbares Thema zur historisch-politischen Deutung auch unserer Gegenwart wie ein Arsenal zur genaueren Wahrnehmung von Gestaltungsmöglichkeiten, Zwängen und Verantwortlichkeiten.